

Reinhard Stern
Vorsitzender des Finanz- und Grundstücksausschusses
der Landeshauptstadt Magdeburg



Rede zum Haushaltsplanentwurf 2016 auf der 22. (VI) Stadtratssitzung
am 7. Dezember 2015

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Herr Vorsitzender
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrte Beigeordnete,
sehr geehrte Damen und Herren,

wie in jedem Jahr vor Weihnachten gibt es die Sitzung des Stadtrates zum Haushalt des kommenden Jahres. Damit folgen wir einer guten Tradition, der nicht alle Kommunen in Sachsen-Anhalt folgen. Und dennoch war es diesmal anders. Wir liegen bei 670 Mio. E in den Erträgen und 687 Mio. E in den Aufwendungen, ein Defizit von 17 Mio. Euro.

Natürlich spielten wieder die Mindererträge im FAG auch in der Diskussion im Ausschuss eine große Rolle. Ich möchte aber hier nicht mehr darauf eingehen, da diebezüglich der Bürgermeister bereits sehr ausführlich hierzu gesprochen hat. Wir stützen als Ausschuss allerdings die Position des OB in dieser Frage.

Der Vorschlag des Oberbürgermeisters im Vorfeld der Diskussion, die Zuständigkeit zum FAG wieder beim Innenminister zu verorten und nicht beim Finanzminister wäre vielleicht auch wieder ein Weg zu mehr Gerechtigkeit in der Sache.

Es soll zur Verrechnung des Haushaltsdefizites wieder auf die Rücklage aus der Eröffnungsbilanz zurückgegriffen werden. Wie lange noch ?

Die Anhörung im Finanzausschuss machte doch einige Unterschiede zu den vergangenen Jahren deutlich.

Einer der größten Deckungskreise ist der Deckungskreis für das Personal.

Wir haben in den vergangenen Jahren hier enormes vollbracht. Dies wurde nochmals deutlich in den Ausführungen des zuständigen Beigeordneten, Herrn Platz der von ca. 600 Stellen Einsparungen in den letzten Jahren sprach.

Dennoch wurde in seinem Vortrag auch deutlich , dass wir seit

2012 mit 115 Mio. E

2013 mit 119 Mio. E

2014 mit 125 Mio. E

2015 mit 135 Mio. E

Steigerungsraten haben. Auch 2016 werden nochmals 147 Mio. E Steigerung erwartet.

Durch Tarifsteigerungen hatten wir in den vergangenen Jahren ca. 14 Mio. Euro Erhöhung und in diesem Haushalt schlummert nochmals ein Tarifsteigerungspotential von nicht unerheblichem Ausmaß.

Die Anzahl der tatsächlichen Stellen betrug 2010 2569 Stellen und beträgt 2016 3096 Stellen. Dennoch hat der Finanzausschuss dem Antrag des Oberbürgermeisters auf nochmaligen Stellenaufwuchs von ca. 200 Stellen befristet auf 2 Jahre einstimmig zugestimmt.

Dieses einstimmige Bekenntnis ist dem Hauptproblem des Haushaltes geschuldet.

Wir sind nicht mehr abgekoppelt von weltpolitischen Entwicklungen, die steigenden Asyl und Flüchtlingszahlen verursachen einen anhaltenden hohen Handlungsdruck. Die Kommunen tun, was sie können, um Flüchtlinge und politisch Verfolgte unterzubringen und zu versorgen. Angesichts der hohen Zahl der ankommenden Menschen stoßen reguläre Abläufe an Grenzen. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages sagte anlässlich der Veröffentlichung des Gemeindefinanzberichtes am 29. Oktober: "Die Herausforderung ist überall spürbar: zuerst beim Bereitstellen von Unterkünften, dann aber auch auf dem Wohnungsmarkt, in den Schulen, Kitas und bei der Gesundheitsversorgung. „ Deshalb auch seine Forderung an die Länder die vereinbarten Bundesmittel für Unterkunft und Versorgung der Flüchtlinge vollständig an die Kommunen weitergeben.

Zur Zeit sind mit dem Land 8600 Euro jährlich pro Flüchtling für Unterkunft und Versorgung vereinbart. Wir rechnen allerdings mit Kosten mindestens von 10 000 Euro jährlich.

Die Mittel für das Personal sind darin aber nicht enthalten.

Wir haben hier eine Lücke von 7,8 Mio. Euro bei den Personalkosten für Flüchtlinge.

Die Mehrheit des Ausschusses war der Meinung einige Ergänzungen zu der Liste des Oberbürgermeisters vorzunehmen.

Und das ist noch nicht die ganze Wahrheit.

Herr Platz brachte zum Ausdruck, dass einige Bereiche noch gar nicht erfasst sind.

Zusätzliche Aufgaben in der Flüchtlingsunterbringung und Betreuung werden u.a. im Amt 37, 63 Fb 02, Amt 23, Amt 40 und dem KGM vollbracht und finden bisher keine Berücksichtigung in Stellenplan.

Eines ist in den vergangenen Wochen und Monaten klar geworden: Es ist die lokale Ebene, die in Deutschland die stärkste Verwaltungskraft, die größte Flexibilität und die stärksten Bindungskräfte zur Bevölkerung besitzt. Damit das aber gelingt was Integration bedeutet müssen sich Bund und Länder maßgeblich an den Kosten beteiligen so der Hauptgeschäftsführer des Städtetages.

Als Risiko sind somit die Personalkosten von 7,8 Mio. Euro

Die Erhöhung der Beitragbemessungsgrenze für Rentenversicherung von 143 000 Euro

Erhöhung der Entgelte im Sozial und Erziehungsdienst von 310 000 Euro und die Nichtberücksichtigung der Tarifsteigerungen von 1% 819 000 Euro sind weitere Risiken im Haushalt 2016.

Das Risiko unseres Haushaltes sind deshalb nicht nur die Personalkosten sondern noch weitere, ich komme darauf noch zu sprechen.

Im Budget des Dezernates 1 waren weiterhin die Mindererträge von 98 000 Euro für den fließenden Verkehr und 740 000 Euro Mindererträge bei den Verwaltungskosten für Pässe und Dokumente ein weiteres Thema.

Einhellige Meinung im Finanzausschuss gab es zu den Aufgaben des Hochwasserschutzes und der Nachsorge. Hier wurde nochmals die zeitliche Schiene zu den bereits beschlossenen Maßnahmen angemahnt und die Beschleunigung der Hochwasserschutzmaßnahmen.

Insbesondere in Rothensee dürfen keine zeitlichen Defizite auftreten. Wichtige Gewerbesiedlungen stehen in Zukunft an.

Der große Block, der Dezernats übergreifend die Problematik Hochwasserschutz und Feuerwehren betrifft, wurde ebenfalls durch den Ausschuss wie immer im Sinne der Verwaltung finanziell begleitet, auch durch zusätzliche Anträge von Fraktionen.

Das Budget des Oberbürgermeisters und des Dezernates III brachten die wenigsten Diskussionen. Das brachte zum Ausdruck: Wir sind zufrieden.

Wir haben in Magdeburg zur Zeit eine gute Beschäftigungslage.

Die Gewerbesteuererinnahmen sind allerdings stark rückläufig aufgrund einer Überzahlung in 2013, hat das Auswirkungen für 2014, 2015 und 2016. Für 2016 wird wieder sehr ambitioniert mit 211 Mio. Euro geplant.

Ein Antrag des Oberbürgermeisters, der für die Werkstrasse Planmittel von 550 000 Euro vorsieht wurde im Ausschuss mehrheitlich zugestimmt.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang -und das wurde während der Beratung augenscheinlich – der Hochwasserschutz ist für unsere Wirtschaft und Wirtschaftsförderung/-ansiedlung sehr notwendig. Investoren schauen sehr darauf.

Frau Borris brachte für das Dezernat V den Haushaltsentwurf ein.

Wieder mal mit dem Anteil von 35% am Gesamthaushalt.

Bei einem Budget von 237 Mio. Euro haben wir immerhin eine Steigerung seit 2013 um 55,8 Mio. Euro.

Erfreulich ist das die Anzahl der Bedarfsgemeinschaften nochmals auf nunmehr 18 000 gesunken ist. Diese Entwicklung haben wir seit 2008. 2008 hatten wir noch 21 522 Bedarfsgemeinschaften. Dennoch steigt der Deckungskreis Soziales nochmals auf 105 Mio Euro. Eine Entwicklung die wahrscheinlich anhaltend sein wird.

Die Integration von Flüchtlingen bedarf nach Ansicht vieler Experten eines langen Atems, so-

dass unser DK Soziales in den nächsten Jahren wahrscheinlich steigend sein wird. * *Eingbringung*

Bei den Hilfen zur Erziehung hatten wir im Finanzausschuss uns lange dafür stark gemacht, den Pflegefamilien Vorrang einzuräumen. 2014 gab es dazu endlich eine Drucksache.

Nun ist aufgrund der neuen Situation dass wir 2016 wahrscheinlich 150-180 unbegleitete Jugendliche aufnehmen werden, die Zahl völlig obsolet.

Bei Kosten von ca. 60 000 Euro pro Kind und Jahr bei Heimerziehung kann man sich die Zahl ausrechnen. 9 Mio. Euro müssen veranschlagt werden bei Kosten von 28,7 Mio. Euro bei den Hilfen zur Erziehung.

Wir haben ein Risiko von 1,8 Mio. im DK HzE.

Auch im DK Kifög setzt sich die unerfreuliche Kostensteigerung durch nicht akzeptierte Versäumnisse des Landes fort. Das Risiko hier beträgt 7 Mio. Euro bei einem Gesamtumfang von 93,5 Mio. Euro.

Einig war man sich im Ausschuss hinsichtlich der Weiterführung unseres Kita Programmes hinsichtlich Umfang, Investition und Verlauf. Im nächsten Jahr müssen wir aber frühzeitig über die Problematik reden. Nochmals an dieser Stelle mein Hinweis von 2015 über die Vergleichsdrucksache Kita Freie Träger- Kita stadt.

Versprochen war sie.

Herr Prof. Puhle hatte in seinem Vortrag nochmals die Leistungen 2015 und daraus schlussfolgernd die Kontinuität des Entwurfes 2016 im Fokus.

Wir werden unser ambitioniertes Schulsanierungsprogramm auch 2016 fortsetzen.

Mit STARK III soll das im Stadtrat beschlossene Gymnasium Lorenzweg saniert und erweitert (bzw. die FÖS Am Fermersleber Weg saniert werden). Weiterhin ist geplant die Wille Schule , die GS Diesdorf und die BbS H. Beims zu sanieren

Unsere Kultureinrichtungen sollen um ein Dommuseum erweitert werden. Es sind 3,6 Mio. Euro geplant.

Für vorbereitende Planungen zur Bewerbung Kulturhauptstadt Europas sind nochmals 248 T€ eingeplant. Für weitere Planungen im Zusammenhang mit großen Ausstellungen hat sich der Finanzausschuss eine jährliche Evaluierung vorbehalten.

Der Wirtschaftsplan des Theaters als einer der größten Zuschussposten mit 17 Mio. Euro enthält ein Risiko von 1,5 Mio. an Tarifsteigerungen.

Dennoch müssen wir in den kommenden Jahren aufpassen, da das Land die Tarifsteigerungen nur anteilig ausgleicht.

Im Baubereich wird mit Investitionsförderungen in Höhe von 53 Mio. Euro geplant. Endlich wieder liegen wie über den Abschreibungen.

Investitionen sind ^{Beispiele} Das sind einige Beispiele der Investitionen.

Bei den Projekten Stadtumbau-Ost, Soziale Stadt, Aktive Stadt- und Ortsteilzentren sowie städtebaulicher Denkmalschutz ~~beteiligen wir uns mit 5,5 Mio. Euro.~~

Ich mahne nochmals den Umgang mit Kennzahlen an. In der Doppik ist das nicht umsonst vorgesehen. Besonders im Baubereich fehlen aussagekräftige Kennzahlen.

kenntnisproblematik

Der Finanzausschuss hat sich durch das Dezernat II einmal die Summe der offenen, überfälligen Forderungen der Stadt Magdeburg zuarbeiten lassen. Seit 2010 und älter sind insgesamt 33 Mio. Euro aufgelaufen. Allein 2015 stehen 6,6 Mio. Euro zu Buche. Die offenen Forderungen sind zB. Gewerbesteuern, Grundbesitzabgaben, Unterhaltsvorschüsse oder Kostenbeiträge nach dem KiföG. Nach einer Berichtigung vom Oktober 2015 stehen noch 14 Mio. zu Buche.

Für die Abstimmung lagen dem Ausschuss nach 7 Stunden Diskussion 48 Anträge mit einem Gesamtvolumen von geschätzt ca. 2,02 Mio. € vor. *Hinweis - Geschäftsordnung*

In einer angenehmen Diskussionsatmosphäre der Mitglieder des Finanzausschusses mit dem Oberbürgermeister und dem Bürgermeister sowie den zuständigen Beigeordneten war das Bemühen erkennbar nach Kompromissen zu suchen, trotz Wahlkampfzeiten.

Zu den einzelnen Anträgen würde ich im Laufe der Diskussion noch etwas sagen.

Der Drucksache DS0137/15 mit dem Haushaltsplan 2016, der Haushaltssatzung, dem Finanzplan, dem Stellenplan 2016 inklusive der Änderungslisten vom 10. November 2015 wurde mit 5 Ja, 0 Nein bei 4 Enthaltungen einstimmig zugestimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, . Ich möchte wie immer im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen, den Beigeordneten für ihre Ausführungen Danke sagen.

Besonders bedanken möchte ich mich im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen des Finanzausschusses beim Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und dem Bereich Finanzservice für die Vorbereitung, Organisation und Abwicklung der Klausurtagung.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen allen eine schöne Adventszeit!